

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Standortverantwortung ernst nehmen – das Saarland braucht eigene Gaskraftwerke

Der Landtag wolle beschließen:

Deutschland steht vor einer massiven Herausforderung bei der Versorgungssicherheit. Mit der Abschaltung von drei funktionsfähigen und sicheren Kernkraftwerken hat die Ampel-Regierung unverantwortlicherweise eine gefährliche zusätzliche Versorgungslücke geschaffen, spürbar immer dann, wenn weder Sonne scheint noch Wind weht.

Das jüngst veröffentlichte Energie-Monitoring zeigt: Heute stammen knapp 60 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien, bis 2030 soll der Anteil auf 80 Prozent steigen. Zugleich wird sich der Strombedarf im Jahr 2030 auf 600 bis 700 Terawattstunden (TWh) einpendeln, weniger als früher prognostiziert, aber weiterhin mit klar steigender Tendenz.

Die Bundesnetzagentur hat zudem errechnet, dass bis zum Jahr 2035 zwischen 22 und 36 Gigawatt an steuerbarer Kraftwerksleistung zusätzlich erforderlich sind, um die Grundlast zu sichern. Dies entspricht im oberen Szenario dem Neubau von rund 70 Gaskraftwerken der 500-Megawatt-Klasse. Solche Anlagen sind notwendig, um die stark schwankende Stromproduktion aus Wind- und Sonnenenergie abzusichern. Gerade unsere energieintensive Industrie ist in besonderem Maße auf eine verlässliche Versorgung angewiesen. Sie bildet die Grundlage dafür, den Standort Deutschland und insbesondere den Standort Saarland zu sichern und einer weiteren Deindustrialisierung entschieden entgegenzuwirken.

Um die prognostizierte Versorgungslücke zu schließen, hat Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche die Förderung neuer Gaskraftwerke angekündigt. Diese Kraftwerke sollen immer dann einspringen, wenn die erneuerbaren Energien nicht ausreichen. Zudem hat die Europäische Union bereits den Weg für den Bau von 25 neuen Gaskraftwerken in Deutschland frei gemacht. Hierbei

darf das Saarland als energieintensives Industrieland nicht außen vor bleiben. Daher sprechen wir uns für den Bau zweier moderner Gaskraftwerke im Saarland aus.

Auch im Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist die Rolle von Gaskraftwerken ausdrücklich verankert. Dort wird festgehalten, dass sie als unverzichtbare Brückentechnologie für die Energiewende dienen, mit Blick auf Versorgungssicherheit, Netzstabilität und den Hochlauf von Wasserstoff. Dies gilt es nun, zügig umzusetzen.

Zur Sicherung der Grundlast im Saarland sind derzeit drei konventionelle Kohlekraftwerke (Bexbach, Weiher und Fenne) im Einsatz. Da Kohlekraftwerke nicht flexibel genug sind, um kurzfristig hoch- oder heruntergefahren zu werden, müssen sie als Netzreserve im Dauerbetrieb laufen. Dadurch entstehen kontinuierlich CO₂-Emissionen, selbst dann, wenn aktuell kein zusätzlicher Energiebedarf besteht.

Im Gegensatz dazu können Gaskraftwerke schnell in Betrieb genommen oder wieder gedrosselt werden und verursachen CO₂-Emissionen nur dann, wenn tatsächlich ein akuter Energiebedarf besteht. Darüber hinaus schaffen Bau und Betrieb dieser Anlagen neue Arbeitsplätze und stärken die regionale Wertschöpfung.

Eine Einbeziehung bestehender saarländischer Kraftwerkstandorte eröffnet die Chance, vorhandene Infrastruktur bestmöglich einzubinden und damit einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit zu leisten. Vorhandene Standorte verfügen über eine gewachsene Energieinfrastruktur und Netzanbindungen. Es wäre fahrlässig, diese Chance ungenutzt zu lassen. Auch der ehemalige Standort Ens Dorf sollte dabei einbezogen werden.

Wir fordern die SPD-Alleinregierung auf, diese einmalige Chance nicht zu verpassen und sich auf Bundesebene für das Saarland als Standort neuer, moderner Gaskraftwerke einzusetzen. Versorgungssicherheit, Standortattraktivität und industrielle Zukunftsfähigkeit hängen davon ab, dass die Landesregierung entschlossen handelt.

Daher fordert der Landtag des Saarlandes die Landesregierung auf,

- sich auf Bundesebene mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass zwei neue Gaskraftwerke im Saarland entstehen;
- dabei insbesondere auch bestehende oder ehemalige Standorte wie beispielsweise Weiher, Bexbach, Fenne oder das ehemalige Kraftwerksge-lände Ens Dorf einzubeziehen;
- eine landesseitige Energiesicherungsstrategie vorzulegen, die sowohl die bundespolitischen Vorgaben als auch die industriepolitischen Notwendigkeiten des Saarlandes berücksichtigt;
- sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass die erforderlichen Investitionen in Gaskraftwerke zügig genehmigt und durch Förderinstrumente abgesichert werden;

- gemeinsam mit den saarländischen Energieversorgern und der Industrie konkrete Projekte zur Errichtung neuer Kraftwerkskapazitäten im Land zu initiieren und voranzubringen;
- die Voraussetzungen für eine Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung zu schaffen, um Neubauten oder Umrüstungen bestehender Kraftwerksstandorte zügig realisieren zu können;

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.